BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BADEN-WÜRTTEMBERG

Ein Heft über **Städte**

Stadt **leben.**

Grüne Blätter

MITGLIEDERZEITSCHRIFT · I · 2018 · BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Grüne Stadt der Zukunft

Unsere Städte sind Orte des Wandels und der Innovation, der Vitalität und der Vielfalt. Wir Grüne wollen unsere Städte lebenswert gestalten. Dafür gibt es viel zu tun: Mieten steigen und werden für manche unbezahlbar. Allzu oft wird der öffentliche Raum zum Straßenraum degradiert: zubetoniert, Lärm und Schadstoffen ausgesetzt. Stadtnatur und Kulturräume sind knapp. Unser Leitbild aber ist die grüne Stadt der Zukunft!

Von Dr. Sandra Detzer und Oliver Hildenbrand

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wer heute eine bezahlbare Wohnung mitten in der Stadt finden will, sucht die berühmte Nadel im Heuhaufen. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen in lebenswerten Stadtvierteln. In Baden-Württemberg haben wir die Wohnraumförderung mit dem neuen Programm „Wohnungsbau BW“ kräftig ausgebaut und den Schwerpunkt auf die Schaffung von neuen sozial gebundenen Mietwohnungen gelegt. Neben bezahlbarer Qualität wollen wir sparsam mit Flächen umgehen und innovatives Bauen unterstützen. Dazu gehört das Bauen mit Holz, Recyclingbaustoffen und Textil- oder Carbonbeton.

Integration findet vor Ort statt

In Baden-Württemberg hat Zuwanderung eine lange Tradition. Das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist gelebte Realität und hat unser Land wirtschaftlich stärker und kulturell reicher gemacht. Integration findet vor Ort statt, wo sich Menschen begegnen – in Schulen und Vereinen, in Nachbarschaften und am Arbeitsplatz. Deshalb sind unsere Städte und Gemeinden der entscheidende Ort für gelingende Integration. Je früher die Integration dort ansetzt, desto besser gelingt das spätere Zusammenleben.

Bewegung für nachhaltige Mobilität

Die Mobilität der Zukunft ist nachhaltig, klimaschonend, emissionsfrei, leise, intelligent und vernetzt. Wir wollen, dass die Menschen in unseren Städten mobil sein und sich wohlfühlen können. Deshalb bauen wir den Öffentlichen Nahverkehr aus, treiben die Elektrifizierung von Bussen und Taxis voran und fördern den Rad- und Fußverkehr. Die Bundesregierung darf unsere Städte im Kampf für saubere Luft nicht noch länger im Stich lassen: Die Blaue Plakette muss endlich kommen – sie ist das Mittel der Wahl, um für gesunde Luft und gutes Klima zu sorgen.

Stadt und Land gemeinsam denken

Baden-Württemberg ist liebens- und lebenswert, sowohl in der Stadt als auch im Ländlichen Raum. Zu Recht sind die Menschen vom Schwarzwald über die Schwäbische Alb bis zum Bodensee stolz auf ihr Zuhause und die Schönheit der jeweiligen Landschaften. Und zu Recht genießen die Menschen aus Stuttgart, Freiburg, Mannheim oder Heidelberg das urbane Treiben und die kulturellen Angebote ihrer Heimatstädte. Die Verbindung aus Tradition und Moderne, aus Regionalität und Weltgewandtheit, aus gesunder Natur und städtischem Flair ist etwas ganz Besonderes. Auch wenn in dieser Ausgabe der Grünen Blätter die Städte im Fokus sind - wir Grüne machen Politik für das ganze Land, für die Menschen in der Stadt und auf dem Land.

Dr. Sandra Detzer

Im November 2016 wurde Sandra Detzer zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Als ehemalige parlamentarische Beraterin für Wirtschaft und Finanzen kennt sie die Landespolitik ebenso wie die Kommunalpolitik als Heidelberger Stadträtin. Außerdem setzt sich die 37-Jährige für ökologische Landwirtschaft, gesunde Ernährung und unsere Umwelt ein.

Oliver Hildenbrand

Seit 2013 ist Oliver Hildenbrand unser Landesvorsitzender. Der Freudenberger stammt aus einer politischen Familie, war schon mit 18 Jahren Landtagskandidat und vier Jahre lang Landessprecher der Grünen Jugend Baden-Württemberg. Seine politischen Herzensthemen sind die Gesellschafts- und die Innenpolitik.

Stadt, Land, Fluss

In Baden-Württemberg gibt es **313 Städte** von insgesamt **1101 Gemeinden.**

Wo lebt Baden-Württemberg?
19,3 % leben in einer Großstadt,
30,7 % in Städten unter 100.000,
35,4 % in Gemeinden bis 20.000 &
14,6 % in Gemeinden unter 5.000 Einwohner*innen.

Wo spielte der Tatort?
Stuttgart: 65
Konstanz: 31
Baden-Baden: 14
Freiburg: 1

Heidelberg hat die jüngste Bevölkerung. **Ø 40,1 Jahre**.

Die kleinste Stadt: Die historische Grafenstadt **Langenburg** hat nur 1.790 Einwohner*innen.

2. August 1984: Die erste **E-Mail** nach Deutschland kommt in der Universität **Karlsruhe** an.

Eric Carle, Autor der kleinen **Raupe Nimmersatt**, wuchs in **Stuttgart**-Feuerbach auf.

Die **Badische Revolution** wird im Juli 1849 in der Festung **Rastatt** von preußischem und württembergischen Militär niedergeschlagen.

80% des aus Deutschland exportierten **Schmucks** kommt aus **Pforzheim.**

Im 19. Jh. war **Stuttgart Schokoladenhochburg**. Ritter Sport, Moser-Roth, Waldbaur-Katzenzungen und Eszet-Schnitten kamen aus Stuttgart.

Die Mitte Baden-Württembergs liegt in **Tübingen,** im Stadtwäldchen Elysium.

Die älteste Stadt Rottweil wurde 73 n. Chr. als römische Siedlung gegründet.

Das **„Schiefe Haus“** in **Ulm** ist das schiefste Hotel der Welt. Schiefer als der Turm von Pisa.

In **Freiburg** wird am meisten **Rad** gefahren.

7 Städte in Baden-Württemberg liegen an der **Donau**. Ursprung: **Donaueschingen.**

Memory ist der größte Erfolg von **Ravensburg**er. Seit 1959 mehr als 50 Mio. verkaufte Spiele in 70 Ländern.

1996 wird Horst Frank in **Konstanz** zum ersten **grünen Oberbürgermeister** gewählt.

Eine Wohnung ist mehr als ein Renditeobjekt

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum für alle ist eine der brennendsten sozialen Fragen unserer Zeit. In Stuttgart, Freiburg, Ravensburg und Tübingen explodieren die Mieten und machen das Leben in den Städten für Polizistinnen, Krankenpfleger oder Rentnerinnen zunehmend unmöglich. Doch wie kam es zu diesen großen Mietsteigerungen, gerade auch bei uns im Südwesten?

Von Chris Kühn

Immobilienspekulation, niedrige Zinsen, Urbanisierung, eine verfehlte Wohnungspolitik und die Aushöhlung des Mietrechts durch Schwarz-Gelb im Bund haben dazu beigetragen. Aber vor allem ist der starke Rückgang des sozialen Wohnungsbaus ausschlaggebend gewesen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte 1990 die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft und damit die Privatisierung von Eisenbahner-, Post, Genossenschafts- und anderen Werkswohnungen ermöglicht. Viele kommunale Wohnungsunternehmen wurden damals abgewickelt. Das war ein fataler Fehler, denn im Zuge der darauffolgenden Privatisierungwelle des Wohnungsmarktes ging immer mehr sozialgebundener Wohnraum verloren.

Rund 1,8 Millionen Wohnungen haben seitdem ihre Sozialbindung verloren, heute sind deutschlandweit nur noch 1,2 Millionen übrig. Diese Wohnungen sind oftmals unter enormen Mietsteigerungen und mit hohen Renditeerwartungen auf den freien Wohnungsmarkt gelangt. Allein in der letzten Legislaturperiode haben wir auf diese Weise in Deutschland mehr als 200.000 Sozialwohnungen verloren. Das führt zu Verdrängung und letztlich zur Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Eine Million bezahlbare Wohnungen

Deswegen fordern wir Grüne auf Bundesebene eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau.

Wir wollen, dass bei der Förderung wieder das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ gilt. So können wir in zehn Jahren eine Million gemeinnützige, dauerhaft bezahlbare Wohnungen schaffen. Wir sind überzeugt: Was in Österreich oder den Niederlanden gut funktioniert, geht auch bei uns. Es ist Zeit für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit.

Wohnen ist ein Grundrecht

Denn im Mittelpunkt unserer Wohnungspolitik steht das soziale Grundrecht auf eine Wohnung. Ich finde, eine Wohnung ist mehr als ein Renditeobjekt. Sie ist ein Zuhause, ein Rückzugsort und der privateste Ort, den man hat. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit den Grünen in den Kommunen und den Ländern für das Gemeingut Wohnen. Denn Wohnen muss endlich wieder Daseinsvorsorge sein.

Chris Kühn

Der Tübinger Chris Kühn ist Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik der grünen Bundestagsfraktion. Von 2009 bis 2013 war er Landesvorsitzender.

Mittendrin statt nur dabei

Eine Sprechstunde zur Schuldnerberatung, kostenfreie Koch- und Nähkurse oder ein Bürgerbus für Ortsteile, die der Nahverkehr nicht bedient: Ein lebendiges Quartier lebt davon, dass Menschen sich einbringen und gegenseitig unterstützen. Es beginnt, wo familiäre Strukturen enden und Generationen aufeinandertreffen.

Von Caroline Blarr

Wie sieht das Leben im Quartier der Zukunft aus? Darauf gibt es in den Nachbarschaften, Stadtvierteln, Dörfen und Gemeinden Baden-Württembergs schon viele gute Antworten. Das grüne Sozial- und Integrationministerium hat in einem Ideenwettbewerb die besten Ansätze zur Quartiersentwicklung ausgezeichnet. Drei Gewinner-Beispiele im Kurzporträt.

Weinheim: Auf dem Weg zu einer altersfreundlichen Kommune

Wie muss ein Quartier gestaltet sein, um seinen älteren Bürger*innen möglichst lange ein selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen? Dazu wurde die Alters- und Infrastruktur im Stadtteil kartographisch erfasst sowie Stadtteilbegehungen und Interviews mit zurückgezogen lebenden älteren Menschen gemacht. Ergebnisse waren etwa Sitzbankspenden oder ein Bustraining für Rollator-Nutzer*innen.

Uli Sckerl, Landtagsabgeordneter aus Weinheim: „Weinheim hat enorm von dem Prozess profitiert, der die Bürger*innen als Expert*innen vor Ort ernst nimmt. In der Weststadt gibt es neue Dynamiken, so bei der Entwicklung eines generationengerechten Wohngebiets. Das strahlt auf die ganze Stadt aus.“

Buchen: Von der Bürgerumfrage zur Generationenwerkstatt

Bürgerumfrage, Demografietag, Generationenwerkstatt, Ortsteilkonferenz: In mehrstufigen Beteiligungsformaten entwickelten bis zu 2.000 Bürger*innen der Stadt Buchen Ideen für Innenentwicklungs- oder Verkehrskonzepte und eine attraktive Infrastruktur für Familien und junge Fachkräfte. Das Bindeglied war eine 20-köpfige Projektgruppe aus Vertreter*innen der Gemeinde, örtlichen Unternehmer*innen sowie Schlüsselpersonen aus Vereinen und Bürgerschaft. Ein Ergebnis ist der neue Mehrgenerationentreff.

Manfred Kern, zuständiger Landtagsabgeordneter für Neckar-Odenwald: „Buchen zeigt: Der demografische Wandel birgt Chancen für ein lebendiges Miteinander in der Kommune. Das Erfolgsrezept: Die Bürger*innen gestalten aktiv mit. Kurz gesagt: Sie sind mittendrin statt nur dabei.“

Ludwigsburg: Familienhilfe aus einer Hand

Mit dem integrierten Ansatz „KiFA“ (Kinder- und Familienbildung) geht Ludwigsburg neue Wege in der Familienhilfe: Enge Kooperationen mit Beratungsstellen, Stärkung der Eltern durch Elternkurse, Qualifizierungs- und Coachingprogramme für Erzieher*innen und Eltern als Multiplikatoren, Aufbau eines Integrationsnetzwerkes – so werden Kitas und Grundschulen zu vernetzten Anlaufstellen für Familien.

Jürgen Walter, Landtagsabgeordneter aus Ludwigsburg: „Das Ludwigsburger Modell ist mehrfach ausgezeichnet und hat viele Nachahmer gefunden. Die niederschwellige und alltagsnahe Hilfe wirkt präventiv, erhöht die Chancengleichheit und wird von den Eltern gut angenommen.“

Caroline Blarr

Caroline Blarr arbeitet seit 2016 als Pressesprecherin in der grünen Landtagsfraktion und ist Mitglied der Grüne-Blätter-Redaktion.

Leben auf der Straße ist nicht nur im Winter hart

860.000 Menschen in Deutschland hatten im Jahr 2016 keine Wohnung. Seit 2014 hat sich die Zahl der Wohnungslosen beinahe verdoppelt. Unsere Redaktionsmitglied Alina Welser im Gespräch mit Werena Rosenke, der Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, über Wohnungs- und Obdachlosigkeit und nicht zuletzt darüber, was die Politik in Zukunft besser machen muss.

Das Gespräch führte Alina Welser

Wie hat sich die Zahl der obdachlosen Menschen entwickelt?

Werena Rosenke Die Zahl der Menschen, die ohne jegliche Unterkunft auf der Straße leben ist, genauso wie die Zahl der wohnungslosen Menschen insgesamt, in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Wir gehen davon aus, dass circa 52.000 Menschen ohne jede Unterkunft auf der Straße leben.

Was sind Ursachen für die steigende Zahl an Obdach- und Wohnungslosen?

Werena Rosenke Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit vielen Jahren und zugleich geht die Zahl der Wohnungslosen kontinuierlich nach oben. Daraus lässt sich schließen, dass es eine immer kleiner werdende Anzahl an bezahlbarem Wohnraum gibt. Gleichzeitig gibt es eine immer größer werdende Zahl von Menschen, die auf preiswerte Wohnungen angewiesen sind. Die Flüchtlinge haben die Situation noch verschärft. In vielen Ländern hat es außerdem in den letzten zehn Jahren überhaupt keinen sozialen Wohnungsbau gegeben. Man hat den Wohnungsmarkt sich selbst überlassen und der Privatisierung öffentlicher Wohnungen nicht entgegengewirkt.

Wer fühlt sich für die Obdachlosen verantwortlich? Kommunen, Länder oder der Bund?

Werena Rosenke Für die Obdachlosen sind in erster Linie die Städte zuständig. Jeder, der unfreiwillig obdachlos geworden ist, hat ein Anrecht darauf, von der jeweiligen Kommune nach Ordnungsrecht untergebracht zu werden. Gerade im ländlichen Raum verneinen manche Kommunen, überhaupt Obdachlose zu haben, wohlwissend, dass diese nur in die nächste Stadt abgewandert sind. Dadurch ergibt sich ein Teufelskreis. Im Winter initiieren die Kommunen oftmals Sofortprogramme, wie zum Beispiel dieses Jahr in Berlin, da sie zurecht Angst haben, dass Leute auf der Straße erfrieren könnten. Aber das Leben auf der Straße ist eben auch ab April gefährlich und nicht menschenwürdig.

Was kann die Politik kurz- und langfristig für Obdachlose unternehmen?

Werena Rosenke Der Bau von mehr sozialen Wohnungen ist eine Grundvoraussetzung, damit die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland wieder abnimmt. Wichtig wäre es aber auch, dass bereits wohnungslose Menschen die Chance haben, wieder eine Wohnung zu finden. Wir fordern außerdem, dass in jeder Kommune eine bestimmte Prozentzahl der Sozialwohnungen für Wohnungslose zur Verfügung gestellt wird. Auch sollten mehr Anreize von Seiten der Politik geschaffen werden, damit Privatpersonen an Wohnungslose vermieten. In Karlsruhe haben zum Beispiel die Kommunen Renovierungskosten für private Vermieter*innen übernommen, die sich dann verpflichten mussten, zehn bis 15 Jahre an wohnungslose Menschen zu vermieten.

Werena Rosenke

Werena Rosenke ist Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe, in der mehrere hundert Träger und Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe zusammenarbeiten.

Für eine sichere Stadt

Zu einem guten Leben in der Stadt gehört ein öffentlicher Raum, in dem man sich sicher fühlt und sich gerne aufhält. Der Tübinger Landtagsabgeordnete Daniel Lede Abal hat zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum eine Anhörung organisiert. Welche Erkenntnisse hat er daraus mitgenommen?

Das Gespräch führte die Redaktion

Ein Aspekt von „Stadt“ ist Sicherheit. Ein Thema, das auch dich beschäftigt. Warum?

Daniel In einer Stadt leben viele Menschen auf wenig Raum – da muss der öffentliche Raum eine gute Aufenthaltsqualität bieten. Ganz wesentlich ist, dass er sicher ist. Anlass, mich mit diesem Thema zu beschäftigen, waren Übergriffe und Fälle sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum, etwa die ermordete Studentin in Freiburg oder eine Serie von Übergriffen in meinem Wahlkreis. Darüber wird ausführlich berichtet, was ich wichtig finde. Zwar spielt sich die Mehrzahl der Übergriffe im nahen Umfeld ab. Aber was im öffentlichen Raum geschieht, beeinflusst unabhängig von der tatsächlichen Bedrohungslage nachweislich die gefühlte Sicherheit.

Du sprichst von „gefühlter Sicherheit“. Was meinst du damit?

Daniel Die Kriminalprävention unterscheidet zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit. Objektive Sicherheit ist die Abwesenheit von tatsächlichen Gefahren oder Bedrohungen auf der Basis der Kriminalstatistik. Gefühlte Sicherheit dagegen ist die Abwesenheit von Angst und Furcht. Beide sind nicht zwingend deckungsgleich. So kann man sich an einem Ort subjektiv unsicher fühlen, aber objektiv in Sicherheit sein. Wir wollen aber sowohl objektive Sicherheit als auch gefühlte Sicherheit stärken.

Und wie erreicht man das?

Daniel Die halbe Wahrheit ist: Die Polizei muss gut ausgestattet werden. Aber das allein reicht nicht. Sichere öffentliche Räume brauchen kluge Stadtplanung und die Berücksichtigung sozialer Aspekte. Subjektive und objektive Sicherheit lassen sich erhöhen, indem man Räume so gestaltet, dass sie davon abhalten, Straftaten zu begehen; etwa durch gute Beleuchtung oder Übersichtlichkeit. Oft entsteht Unsicherheit, weil Personen als bedrohlich empfunden werden – häufig unberechtigt, aber das Gefühl ist eben da. Ich bin absolut dagegen, unbequeme Menschen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. Aber die Frage ist, wie wir diese Personen über bessere Sozialstrukturen, über Beratungs- und Hilfsangebote, über aufsuchende Sozialarbeit erreichen.

Vor allem junge Menschen treibt die Frage nach Sicherheit im Nachtleben. um. Gibt es auch dazu Konzepte?

Daniel Ja, auch das gehört zu einer sicheren Stadt. In Clubs und Bars sollte eine Atmosphäre herrschen, die nicht bedrohlich ist. Die Betreiber*innen brauchen ein Konzept für den Umgang mit Belästigungen. Dazu gehört, dass das Personal geschult ist. Und Besucher*innen müssen wissen, dass und wie sie sich an Angestellte wenden können, beispielsweise über Codewörter. Eine Idee ist auch, für Personen, die mehrfach auffällig werden, ein stadtweites Hausverbot in Clubs und Bars zu verhängen.

Daniel Lede Abal

Daniel Lede Abal ist stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion und Sprecher für Migration und Integration.

Impressum

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Redaktion: Caroline Blarr, Sebastian Fietkau, Martin Kranz-Badri, Julia Link, Eva Muszar, Carsten Preiss, Alina Welser, Michael Wustmann

Layout: Carsten Preiss

Druck: Auf Umweltpapier bei Dierichs Druck+Media GmbH & Co KG, Kassel. Auflage 9.000 Exemplare.

Bildquellen:
1) 6) 8) gettyimages.com
2) 5) thenounproject.com
3) gruene-bw.de & diekavallerie.de

Freiräume für eine lebendige Stadt

Trotz teuren Wohnraums und schmutziger Luft – Städte strahlen eine ungebrochene Attraktivität aus. Menschen wollen in der Stadt leben und „Stadtleben" hat für viele einen positiven Klang. Aber warum ist das eigentlich so? Björn Peterhoff (31) ist Mitglied der Grünen Gemeinderatsfraktion im Stuttgarter Rathaus und hat darauf eine Antwort: „In der Stadt geht was."

Von Julia Link

Was er damit meint: „Stadt bedeutet nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Kultur, Grünflächen und Subkultur." Letztere hat ihn zur Politik gebracht: Weil subkulturelle Orte in Stuttgart bedroht waren, fing er 2011 an, sich kommunalpolitisch zu engagieren und trat den Grünen bei. Für ihn ist entscheidend, dass es in einer Stadt Räume gibt, die unkommerziell sind und die entstehen, weil Menschen sich ihre Stadt aneignen. Dort kann sehr Unterschiedliches stattfinden: Skateparks auf Freiflächen, Ateliers in leerstehenden Hallen oder Clubs in Tunnelsystemen. Die verschiedenen Arten von Subkultur haben für Björn eines gemeinsam: „Sie sind in Freiräumen entstanden, die nicht im Fokus der Stadtplanung lagen." So habe sich dort kreatives Potenzial entfalten können. Und das ist für Björn unterstützenswert: „Warum sind Berlin und Leipzig so beliebt? Weil es dort diese Räume gibt. Subkulturelle Orte machen eine Stadt lebenswert."

Subkultur lässt sich nicht verordnen – aber unterstützen

Allerdings sind Freiräume unter anderem durch knappen Wohnraum bedroht. Trotzdem wehrt sich Björn dagegen, beides gegeneinander auszuspielen: „Subkultur ist nicht der Punkt, an dem wir sparen sollten. Wir müssen die Stadt für die Menschen denken." Man müsse sich nur umschauen, um Flächen zu identifizieren, die man freigeben kann; beispielsweise Parkplätze. Björn sieht hier auch den Effekt aktiver Bürger*innen, die es einfordern, wieder Freiräume zu schaffen. Klar ist damit auch: „Wir brauchen die Leute in der Stadtgesellschaft, die uns Politiker*innen Druck machen und für ihre Ideen werben." Seiner Erfahrung nach sind diese Menschen auch da. Und wenn sie sich von der Kommune ernst genommen fühlen,„bleiben sie auch und wandern nicht nach Berlin ab."

Für Björn ist die Aufgabe der Politik: „Räume schaffen und erhalten, Freiräume in der Stadtentwicklung mitdenken." Berücksichtige man das früh bei der Quartiersplanung, sei auch der Konflikt zwischen Wohn- und Freiraum nicht so groß. Auch neue Quartiere brauchen Begegnungsorte. Umso besser – wenn diese einfach entstehen können. Zum Beispiel in dem Flächen während der Planungsphase zur Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden. So werden etwa in Stuttgart temporäre Leerstände vermittelt und deren Nutzung erleichtert. Letztlich ist es aber ein Merkmal von Subkultur, dass sie sich nicht verordnen lässt. Für ihre Förderung gilt: „Politik muss die Leute mit- und ihre Bedürfnisse ernst nehmen. Dann kann man viel erreichen und spannende Orte schaffen – was unglaublich wichtig ist für eine gute Stadtgesellschaft."

Julia Link & Björn Peterhoff

Autorin Julia Link und Stadtrat Björn Peterhoff haben sich bei Bier und Flammkuchen über die Bedeutung von Subkultur unterhalten. Was damit endete, dass ihnen das Geld ausging – gut, wenn man auch in der Großstadt einen Wirt seines Vertrauens hat.